

Palästinenser mit israelischem Pass streiken gegen steigende Kriminalität und Gewalt

Zehntausende beginnen unbefristeten Streik, um gegen die Komplizenschaft des israelischen Staates bei der Unsicherheit ihrer Kommunen zu protestieren

Mera Aladam, middleeasteye.net, 22.01.26

Zehntausende palästinensischer Bürger des Staates Israel beteiligen sich an einem Generalstreik, um gegen die steigende Gewalt- und Kriminalitätsrate zu protestieren. Sie werfen der israelischen Polizei vor, ihre Gemeinden nicht zu schützen.

Der Staat Israel hat mehr als 30 Gesetze verabschiedet, die das System der Apartheid und Unterdrückung der Palästinenser weiter verschärfen.

Der Streik begann am Dienstag in der Stadt Sakhnin in Galiläa nachdem die Stadtverwaltung, das Volkskomitee und das allgemeine Elternkomitee zu einem unbefristeten Streik gegen die zunehmende Waffengewalt und die mutmaßliche Komplizenschaft des Staates Israel mit dem organisierten Verbrechen aufgerufen hatten.

Seitdem haben sich mehrere andere Gebiete mit palästinensischer Mehrheit angeschlossen, sodass es sich um eine der größten Proteste in der Bevölkerung seit Jahren handelt.

Der Streik findet vor dem Hintergrund eines Anstiegs der Kriminalität in palästinensischen Kommunen im Staat Israel statt, wobei das Jahr 2025 von der NGO Abraham Initiatives als das „tödlichste Jahr aller Zeiten“ bezeichnet wird.

Im Jahr 2025 wurden 252 Palästinenser bei kriminellen Vorfällen getötet, ein Anstieg gegenüber den 230 Fällen im Jahr 2024. 1 Seit Beginn dieses Jahres wurden mindestens 19 Palästinenser durch Kriminalität getötet.

Das *High Follow-up*-Komitee für palästinensische Bürger des Staates Israel, eine Dachorganisation, die die Gemeinschaft vertritt, erklärte, dass „die von der israelischen Regierung geförderte organisierte Kriminalität kein Schicksal ist. Angst ist keine Option. Wir wollen

leben ... wir wollen mit unseren Kindern, unserem Land, unseren Häusern, unserem Land und unserem Volk vorankommen“, fügte es hinzu.

Balad, eine politische Partei, die palästinensische Bürger des Staates Israel vertritt, rief am Mittwoch dazu auf, die Demonstrationen auszuweiten, und erklärte, „die Teilnahme an der Bewegung sei eine nationale Pflicht“.

In online verbreiteten Aufnahmen hielten Demonstranten Transparente hoch, auf denen ein Ende der Gewalt, des organisierten Verbrechens und der Komplizenschaft der Polizei bei der Unsicherheit in den palästinensischen Gebieten des Staates Israel gefordert wurde.

Diskriminierende Gesetze und Praktiken

Seit Jahrzehnten leiden palästinensische Bürger des Staates Israel unter diskriminierenden Gesetzen und Praktiken, die ihnen vom israelischen Staat auferlegt werden, obwohl sie die Staatsbürgerschaft besitzen. Dazu gehört auch die Unterstellung unter Militärherrschaft zwischen 1948 und 1966.

Sie sind die Nachkommen der einheimischen Bewohner Palästinas, die während der Nakba 1948 im Land blieben, als zionistische Milizen 750.000 Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben, um den Staat Israel zu gründen. Obwohl sie formal Staatsbürger Israels sind und etwa 20 Prozent der 10 Millionen Einwohner des Landes ausmachen, sind sie weiterhin mit Ungleichheit, Diskriminierung und Unterdrückung konfrontiert.

Seit Beginn des israelischen Völkermords in Gaza im Oktober 2023 haben diese Praktiken noch zugenommen, wobei der Staat Israel mehr als 30 Gesetze verabschiedet hat, die das System der Apartheid und Unterdrückung der Palästinenser weiter verschärfen.

*Laut einem Bericht des juristischen Zentrums **Adalah** vom November zielen die neuen Gesetze auf eine Reihe von politischen und bürgerlichen Rechten ab, darunter Meinungs-, Protest- und Gedankenfreiheit, Staatsbürgerschaft und Familienleben, Gleichheit und soziale Rechte sowie die Rechte von Festgenommenen und Gefangenen. „Diese neuen Gesetze verletzen grundlegend die Menschenrechte der Palästinenser“, erklärte **Adalah**.*

Eines davon ist die Ausweitung der Anwendung von Anti-Terror-Gesetzen, die fast ausschließlich auf palästinensische Bürger des Staates Israel und palästinensische Einwohner des besetzten Ostjerusalems angewendet werden.

Einige weitere Gesetze lenken staatliche Ressourcen zu jüdisch-israelischen Reservisten und gewähren ihnen Steuer-, Sozial-, Hochschul- und Beschäftigungsvorteile, von denen

palästinensische Bürger des Staates Israel ausdrücklich ausgeschlossen sind. Der Bericht hebt auch die Institutionalisierung vorübergehender Notstandsmaßnahmen hervor. Diese Maßnahmen werden immer wieder verlängert oder dauerhaft gemacht und ermöglichen weit verbreitete Verletzungen der Rechte von Inhaftierten und harte Haftbedingungen für palästinensische Gefangene. *Adalah* sagte, die Gesetze seien im israelischen Gesetzesrahmen verankert, der „jüdische ethnisch-nationale Vorherrschaft“ schaffe.

¹ https://x.com/zoha_org_il/status/2005703220082143352

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/palestinian-citizens-israel-protest-against-police-complicity-rising-crime-rates>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Israelische Aggression im Jahr 2026: Die Zukunft von Gaza und der Westbank

Sanktionen sowie Verurteilungen und Diplomatie mit Konsequenzen wurden gegenüber dem Staat Israel bisher nur selten versucht. Es ist höchste Zeit, einen solchen Ansatz zu ergreifen, nicht nur zum Wohle der Palästinenser, sondern auch, um die Israelis vor sich selbst zu retten.

Ilan Pappe, aa.com.tr, 05.01.26

In den westlichen Medien und der Politik herrscht die falsche Vorstellung, dass der sogenannte Krieg im Gazastreifen vorbei sei. Folglich lautet die neue Darstellungsweise, dass die Kämpfe dank des Drucks westlicher Regierungen beendet wurden, die den Forderungen ihrer Gesellschaften nach einem Ende der Gewalt im Gazastreifen nachgekommen sind.

Die langfristigen Pläne des Staates Israel sollten uns beunruhigen. Sie gehen über die Annexion eines Teils des Gazastreifens, den dortigen Bau von Siedlungen und Stützpunkten hinaus und erstrecken sich auf die Westbank und möglicherweise sogar auf einige arabische Nachbarstaaten.

Dies ist in mehrfacher Hinsicht ein Irrglaube, der angegangen werden muss, da er weiterhin die westliche Herangehensweise an die Palästinafrage im Allgemeinen und die Zukunft des Gazastreifens im Besonderen dominieren wird.

Die letzten zwei Jahre waren kein Krieg, sondern ein Völkermord, dessen Hauptziel darin bestand, den Gazastreifen sowohl territorial als auch demografisch zu verkleinern. Dies zeigt sich in den derzeitigen

schrittweisen und weniger auffälligen Militäraktionen, die seit der Verkündung des Waffenstillstands bereits zum Tod von Hunderten Palästinensern geführt haben.

Der Staat Israel annektierte einen Teil des Gazastreifens, angeblich um ihn zurückzugeben, sollte die Hamas entwaffnet werden, aber gleichzeitig erklärte Kriegsminister Israel Katz die israelische Absicht, israelische Apartheid-Siedlungen und Militärstützpunkte im nördlichen Teil des Gazastreifens zu errichten.

Außerdem werden Wiederaufbauarbeiten und grundlegende humanitäre Hilfe zurückgehalten, angeblich weil die Leiche einer israelischen Geisel noch nicht zurückgegeben wurde, aber es sollte klar sein, wie Giora Eiland, ehemaliger Leiter des israelischen Nationalen Sicherheitsrates, erklärte, dass es nicht im Interesse des Staates Israel liegt, den Wiederaufbau des Gazastreifens zuzulassen.

Dies ist ein Übergang von einem umfassenden Völkermord zu einem schrittweisen Völkermord, eine Methode, die der Staat Israel bereits in den Jahren 2009 bis 2023 angewendet hat. Es besteht die Möglichkeit, dass US-Präsident Donald Trump eine andere israelische Politik fordern würde, aber sein launischer Ansatz ist schwer zu verstehen.

Die langfristigen Pläne des Staates Israel

Die langfristigen Pläne des Staates Israel sollten uns jedoch beunruhigen. Sie gehen über die Annexion eines Teils des Gazastreifens, den dortigen Bau von Siedlungen und Stützpunkten hinaus und erstrecken sich auf die Westbank und möglicherweise sogar auf einige arabische Nachbarstaaten.

Die politische Elite Israels – und dabei spielt es keine Rolle, ob es 2026 eine andere Regierung geben wird – möchte das Gebiet C der Westbank annektieren. Als Teil dieser Vision hat die Armee bereits ethnische Säuberungsaktionen in mehreren Flüchtlingslagern wie Jenin und Shams al-Din unternommen, Aktionen, die der internationalen Öffentlichkeit entgangen sind und einmal mehr die Gleichgültigkeit der westlichen Regierungen gegenüber dem Schicksal Zehntausender Palästinenser in diesem Winter offenbart haben.

Gleichzeitig wird die andere ethnische Säuberungsaktion, die vor Jahren begonnen hat, in Ostjerusalem, im Jordantal und in den südlichen Hebron-Bergen fortgesetzt. Begleitet wird dies von den Aktivitäten der „Hilltop Youth“, einer Selbstjustizgruppe im Dienste der Regierung, die die Palästinenser täglich mit Pogromen schikaniert. Dies ist ein langfristiger Plan, keine zufällige Politik.

In ähnlicher Weise wurde gegenüber den mehr als einer Million Palästinensern, die Staatsbürger Israels sind, ein zweifelhafter Doppelansatz verfolgt. Einerseits eine harte Politik, die ihre politischen Aktivitäten in Solidarität mit der Bevölkerung von Gaza delegitimiert, und andererseits die Ermutigung krimineller Banden, das Leben in ihren Dörfern und Städten zu terrorisieren, in der Hoffnung, dass dies zur Auswanderung führt. Auch dies ist eine Strategie, keine einmalige Politik.

Schließlich gibt es den Wunsch, den Staat Israel bis in den Südlibanon und den Süden Syriens auszudehnen, als Teil einer messianischen Vision vom Wiederaufbau des biblischen Großisraels. Dies sollte ernst genommen werden, ebenso wie der Gedanke, wieder eine Konfrontation mit dem Iran anzustreben. Ein Teil dieser Provokationen ist auf Netanjahus Hoffnung zurückzuführen, Wahlen während des Krieges abzuhalten (oder sie und seinen Prozess sogar wegen des Krieges abzusagen), aber für seine ideologischen Verbündeten werden diese Konfrontationen den Staat Israel als gefürchtete Regionalmacht etablieren.

Wird all dies gelingen? Schwer zu sagen. Nicht jeder im Staat Israel teilt diese ideologische Ausrichtung, aber sie dominiert die israelische Gesellschaft und Politik. Viel hängt von der regionalen und internationalen Reaktion auf diese Entwicklungen ab. Eine entschlossene Reaktion kann diese Art von Aggression und Provokation abwenden, deren Hauptopfer die Palästinenser sein werden.

Ilan Pappé ist Direktor des Europäischen Zentrums für Palästinastudien an der Universität von Exeter. Er hat 15 Bücher über den Nahen Osten und die Palästina-Frage veröffentlicht

Quelle: <https://www.aa.com.tr/en/opinion/opinion-israeli-aggression-in-2026-the-future-of-gaza-and-the-west-bank/3790065>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de